

## Bürgerentscheid abgelehnt

*Johannesberger wollen Kanalsanierung zügig umlegen - Antrag der JA-Fraktion gescheitert*

**Johannesberg.** Wie soll die Modernisierung der bis zu 40 Jahre alten Entwässerungsanlagen in den fünf Ortsteilen von Johannesberg finanziert werden? Dies ist seit Monaten im Gemeinderat heftig umstritten. Während die CSU-Fraktion eine zügige Umlegung der Kosten favorisiert, forderte die Wählergruppe Johannesberg Aktiv (JA) einen Bürgerentscheid zu einem zeitlich entzerrten Zahlungsmodus. Diesen Entscheid lehnte der Gemeinderat am Dienstagabend ab.

355 Ja-Stimmen aus einer Postkarten- und Internetaktion hatte die JA-Fraktion für den Bürgerentscheid gesammelt: Zustimmung, so die Wählergruppe, für eine sozial verträgliche Abrechnung der Kosten zu 70 Prozent über einen Beitrag für Grundstückseigner über die kommenden sechs Jahre und zu 30 Prozent über Abwassergebühren. Letzteres, so JA, würde auch Mieter an der Kanalfinanzierung beteiligen.

»Zu komplex« Was »sozial verträglich« bei der Kanalfinanzierung bedeute, darüber waren die Gemeinderäte unterschiedlicher Auffassung. Die Kosten seien während der vergangenen zehn Jahre aufgelaufen und sollten nicht weitere 30 Jahre auf die nächste Generation oder die Verrentung zahlreicher Bürger verschoben werden, so Ottmar Stein (CSU). Alfons Bergmann (Freie Wählergemeinschaft, FW) fand den Gebührendschwungel zu komplex, um ihn zum Thema eines Bürgerentscheids zu machen. Laut Franz Riedel (ebenfalls FW) untergrabe ein Bürgerentscheid sogar die Glaubwürdigkeit des Gemeinderats, der Haushalt sei schließlich ausführlich diskutiert und beschlossen.

Wegen der weit auseinander liegenden Ortsteile, die in unterschiedliche Richtungen entwässert werden, kostet die Kanalmodernisierung die Gemeinde Johannesberg bis zu sechs Millionen Euro. Angesichts der Haushaltslage und der Verschuldung in den kommenden Jahren, so Bürgermeister Peter Zenglein (CSU), stehe die Gemeinde mit dem Rücken zur Wand. Er hält die Bürger zudem für ausreichend informiert.

Es gehe vorrangig um Bürgerbeteiligung, begründete Werner Schnaitmann, der stellvertretende Vorsitzende von Johannesberg Aktiv, die Forderung nach einem Bürgerentscheid. Das Thema Kanal- und Straßenbaukosten sei dafür wichtig genug.

Dass es der Gemeinderat am Dienstagabend mit den Stimmen von CSU, Freien Wählern und SPD abgelehnt hat, einen Bürgerentscheid zur Kanalsanierung in Form eines Ratsbegehrens zu starten, entmutigt die dreiköpfige JA-Fraktion nicht. Sie will nun offiziell Unterschriften für ein Bürgerbegehren »von unten« sammeln. Fordern dies zehn Prozent der Wahlberechtigten mit ihrer Unterschrift, muss die Gemeinde den Bürgerentscheid einleiten. Für eine positive Entscheidung müssten dann 20 Prozent der Wähler mit Ja stimmen.

Um Kosten zu sparen, sollte dies nach Meinung von JA gegebenenfalls parallel zur Bundestagswahl am 27. September stattfinden.

 [Artikel drucken](#)

---

[Hier](#) können Sie im Main-Netz nach weiteren Artikeln suchen.

[Fenster schließen](#)